



KANTON  
NIDWALDEN

STAATSKANZLEI

# MEDIENINFORMATION

**SPERRFRIST: Keine**

## «Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik»

### Vernehmlassung zum Bericht der Tripartiten Agglomerationskonferenz

Die Nidwaldner Regierung begrüsst das Bestreben, die Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen auf unterschiedlichen Stufen zu fördern. Nach Ansicht der Nidwaldner Regierung sind die Interessen von urbanem und ländlichen Raum gleichwertig zu behandeln und in einem Gesamtkonzept zu integrieren. Die Agglomerationspolitik stellt einen Teil der Bemühungen dar. Die einseitige Fokussierung auf städtische Gebiete ist staatspolitisch problematisch. Die Nidwaldner Regierung weist ferner darauf hin, dass Agglomerationspolitik nicht nur Verkehrs- und Siedlungsplanung beinhalte, Ausländerintegration, Bildung, Gesundheit, Jugend, Kultur, Sicherheit, Soziales, Sport, Tourismus oder Wirtschaftsförderung seien ebenfalls von agglomerationspolitischer Relevanz.

Den detaillierten Wortlaut entnehmen Sie der Stellungnahme im Anhang.

Stans, 30. April 2008